
Vor dem großen Umbruch: Die SPD

Franz Walter

Die Herausgeber dieses Bandes verfolgen eine unzweifelhaft honorige Absicht: Sie suchen nach einem kontrastierenden Refrain zum gängigen Abgesang auf die Volksparteien. Hat man allerdings die Aufgabe, in einem solchen Sammelband den Beitrag über die Sozialdemokratie zu verfassen, dann ist es gar nicht so einfach, den guten Vorsätzen der Editoren gerecht zu werden. Denn als eine stabile, kraftvolle, inspirationsreiche, breite Volkspartei ist die Sozialdemokratie des Jahres 2009 bei strenger Berücksichtigung der sperrigen Empirie schwerlich zu beschreiben. Und das dürfte auch auf die zweite, die christdemokratische Volkspartei kaum anders zutreffen.

Stets hat man die Volksparteien als postideologischen Parteientypus betrachtet. Doch das war, wie sich seit einigen Jahren deutlich zeigt, ganz falsch betrachtet. Die Volksparteien lebten von den Resten der alten Weltanschauungsmilieus, die den Integrationsstoff lieferten, auch die Kraft zur Mobilisierung spendeten, das farbige und authentische Personal für die politische Repräsentation hervorbrachten. Es ist daher kein Zufall, dass mit dem – mindestens vorläufigen – Ende der Weltanschauungen und ihrer Subkulturen auch die Erosion der Volksparteien einsetzte. Vielleicht ist es wirklich so: Die Zeit der Volksparteien war eine Ausnahmezeit. Wenn man die letzten 150 Jahre der Geschichte der Parteien in den Blick nimmt, dann sind erfolgreiche Volksparteien eher eine exklusive Momentaufnahme. Sie konnten in die Breite gehen und erhielten sich trotzdem die Loyalität großer Schichten,

weil es z. B. bei der SPD den sozialistischen Stoff und die gewerkschaftlichen Bataillone noch gab, bei den Christdemokraten das Katholisch-Christliche auch in der hochsäkularisierten Zeit nicht gleich vollends versiegte. In beiden Fällen jedoch ist in den letzten Jahren zu erkennen, dass dieser vor-volksparteiliche Stoff allmählich schwindet – und damit auch die Kohäsions- wie Verknüpfungskraft der Volkspartei selbst.¹

Der alte Zwiespalt und neue Verluste

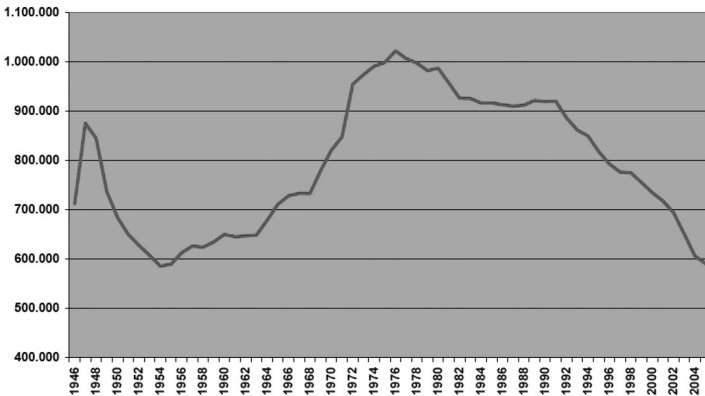
Aber das ist es nicht allein, was jedenfalls der SPD zu schaffen macht. Man braucht nur das neue Buch des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel „Links neu denken“ zu lesen, um die Not dieser Partei zu verstehen. Gabriel, unzweifelhaft einer der Klügsten seiner Generation in der SPD, geht mit der Politik und Gesellschaft Deutschlands der letzten zehn Jahre denkbar hart ins Gericht. Die soziale Polarisierung sei massiv vorangeschritten, die Armut habe sich erheblich ausgeweitet; die Reallöhne im unteren Viertel seien markant zurückgegangen, die Spaltung der Gesellschaft habe nachdrücklich zugenommen.² Gabriel nennt für diese Fehlentwicklung immer nur Zeiträume, ordnet sie nicht direkt politisch zu. Aber es ist – wie jeder aufmerksame Leser unschwer begreift – die Ära sozialdemokratischer Regierungspolitik, in der sich die neuen sozialen Klüfte so drastisch verbreitert haben. Gleichwohl: Hier und da postuliert Gabriel in seinem Opus dennoch, man habe als Sozialdemokrat stolz auf die Leistungen unter den sozialdemokratischen Bundesregierungen seit 1998 zu sein.

Damit begegnet man geradezu klassisch wieder einmal dem chronischen Zwiespalt der Sozialdemokratie³, die nicht recht weiß, ob sie das Sein goutieren darf, weil sie es selbst mitgeformt hat, oder bekämpfen sollte, weil das Pro-

dukt ihres politischen Tuns weit vom ursprünglichen Solensideal entfernt liegt. Man hat dies historisch unzählige Male erlebt. Vor der Folie sozialdemokratischer Ur-Programmatik diskreditierte sich regelmäßig das empirische Handeln sozialdemokratischer Koalitionskabinette. Wann immer die SPD an der Regierung beteiligt war, fielen ihre Ergebnisse im Widerspruch zu den originären Aspirationen aus. Und aus der Enttäuschung darüber bildeten sich in sozialdemokratischen Regierungszeiten oftmals neue Parteien, nicht nur in Weimar, sondern auch in der bundesdeutschen Demokratie: so am Ende der sozialliberalen Koalition in Gestalt der „Grünen“, zum Ausgang der Ära Schröder in Form der „Linken“. Eine weit umspannende Volkspartei kann man bei dieser Dynamik nicht bleiben.

Und so steckt nicht zuletzt wegen dieses aus Frustration über die SPD genährten Aufschwungs der Linkspartei die Sozialdemokratie seit Anfang 2008 erneut im 25 Prozent-Keller fest. In der Tat sind die Probleme, welche die SPD drücken, gewaltig. Die alte Massenpartei, deren einstiger Stolz die kollektiven Großbataillone vorzüglich mobilisierbarer Aktivisten waren, hat seit 1990 mehr als 400.000 Mitglieder verloren, ist dadurch bis Ende 2008 um rund 8000 Mitglieder unterhalb des Bestandes der früheren christdemokratischen Honoratiorenorganisation geschrumpft – eine historisch einschneidende Zäsur in der Geschichte politischer Organisationskulturen. Am stärksten fielen die Verluste bezeichnenderweise in den früheren industriellen Kernregionen und Hochburgen der Sozialdemokratie aus: im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen und in Hamburg. Im Vergleich zu dem goldenen sozialdemokratischen Jahrzehnt, den 1970er Jahren, ist dort der Mitgliederbestand auf ein Drittel zusammengeschrumpft.⁴

Mitgliederentwicklung seit 1946



Quelle: Jahresbericht über den Mitgliederbestands und die Mitgliederentwicklung der SPD im Jahr 2007, erstellt von Abt. 1/2 – Referat Parteiorganisation beim Parteivorstand der SPD

Überdies: Fast die Hälfte aller sozialdemokratischen Mitglieder ist mittlerweile über 60 Jahre alt; nicht einmal 10 Prozent sind unter 36 Jahre. Sozialstrukturell dominieren daher mittlerweile in der SPD die Rentner und Pensionäre, gefolgt von den Angestellten. Der Anteil der Arbeiter liegt in der Partei des früheren Industrieproletariats nur noch bei 11 Prozent – auch das ein Wendepunkt in der Geschichte der „sozialen Demokratie“ hierzulande.

Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik stellt die SPD lediglich in einem Flächenland noch mit Kurt Beck den Ministerpräsidenten, der als zwischenzeitlicher Bundesvorsitzender seiner Partei allerdings ohne jede Fortune agierte, was sich im Laufe der Zeit auch auf seine Heimatposition ausgewirkt hat. In den prosperierenden Regionen der Republik verharren Sozialdemokraten überwiegend ohne ermutigende Erfolgsperspektive in einer allmählich verfestigten Diasporasituation. Die strukturelle und auch

historisch bedingte Unterlegenheit im Süden Deutschlands konnte die SPD einige Jahrzehnte lang noch durch überdurchschnittliche Ergebnisse zwischen Rhein und Ruhr, überdies in Niedersachsen, Hessen oder Hamburg kompensieren. Doch auch hier ist die früher robuste Mitglieder- und Organisationspartei erheblich beschädigt, kaum mehr mehrheitsfähig. Insgesamt hat die Partei auf der Länderebene in den letzten neun Jahren ca. 4/5 ihrer Minister verloren.

Infolgedessen fällt es schwer, die SPD noch gönnerhaft mit dem Zertifikat „Volkspartei“ auszustatten. Als intakte Volkspartei in den 1960er Jahren verknüpften die Sozialdemokraten in ihrer Führung Menschen grundverschiedener Generationen und Lebenserfahrung: den skandinavischen Emigranten, den Leutnant der Wehrmacht, den Moskauer Kommunisten, den Widerständler der Bekennenden Kirche. In Wahlkämpfe und Kabinette zog sie mit seinerzeit modernen Gewerkschaftern wie Georg Leber und Walter Arendt, mit Vertretern der Kirche wie Jürgen Schmude, Gustav Heinemann, Erhard Eppler und Johannes Rau, mit intellektuellen Groß- und Bildungsbürgern wie Carlo Schmid, Horst Ehmke und Karl Schiller, mit intellektuellen Konzeptionalisten der Außenpolitik wie Egon Bahr, mit kreativen Unternehmern wie Philip Rosenthal. Verglichen mit diesem Erfolgsjahrzehnt der volksparteilichen Wandlung, klafft in der SPD heute ein riesiges Repräsentationsloch.

Nahezu verschwunden sind ebenfalls die gerade im klassischen Sozialismus so zahlreichen, oft gewiss exzentrischen, aber doch immer farbigen Intellektuellen und Parteitheoretiker, deren Reigen sich historisch von Karl Marx und Eduard Bernstein über Rudolf Hilferding und Paul Levi bis hin zu Willi Eichler und Peter von Oertzen zog. Und gründlich entkoppelt haben sich inzwischen die Lebenswelten von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Beide Sphären

haben lange eine Symbiose gebildet, in der sich Betriebs-
erfahrungen und politische Fertigkeiten verknüpften. In
den 1950er und 1960er Jahren war es in der SPD noch Usus,
bei Wahlen prominente Gewerkschafter auf einen der vor-
dersten drei Plätze der Landesliste zu setzen.⁵ Doch heute
gehört kein Gewerkschaftsführer mehr der sozialdemokra-
tischen Bundestagsfraktion an; überhaupt ist der Anteil
von Gewerkschaftsmitgliedern in der Mannschaft von Peter
Struck gegenüber der Regierungszeit von Helmut Schmidt
um 25 Prozentpunkte zurückgegangen. Insgesamt sind
über 2/3 der SPD-Mitglieder jetzt ohne Gewerkschaftszuge-
hörigkeit – auch hier: ein historischer Tiefpunkt. Die loka-
len Betriebsräte sind nicht mehr zugleich stellvertretende
Ortsvereinsvorsitzender und/oder Mitglieder von Stadtrats-
fraktionen der SPD. Friktionen hat es zwischen Gewerk-
schaften und Sozialdemokraten zwar historisch immer wie-
der gegeben. Aber die Entfremdung, wie sie sich seit dem
Frühjahr 1999 durch die jähe, zuvor im Wahlkampf noch
ausgeschlossene Austeritätspolitik Hans Eichels, dann
durch die Revision der Rentenpolitik durch Walter Riester
aufgetan hat⁶, ist geschichtlich neu – zumal ein gewichtiger
Teil des gewerkschaftlichen Mittelbaus einen möglicher-
weise finalen politischen Repräsentanzwechsel von der
SPD fort vollzogen hat. Was einst sicheres Vorfeld der Sozi-
aldemokraten war, scheint in Teilen zum Rekrutierungsfeld
und zur Kaderschmiede der „Linken“ zu werden.⁷

Beschleunigt hat sich dieser Entfremdungsprozess be-
kanntlich seit dem Frühjahr 2003, als der damalige Bundes-
kanzler Schröder seine Agenda-2010-Reformen zur Ent-
schlackung der altbundesdeutschen Sozialstaatlichkeit
verkündete, was gleichsam der Startschuss für viele zuvor
sozialdemokratisch organisierte Gewerkschaftsfunktionä-
re war, die „Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtig-
keit“ zu gründen, welche hernach in die Linkspartei ein-
floss. Schröders Partei-Generalsekretär Olaf Scholz

räsionierte zeitgleich mit der Agenda öffentlich über den Abschied vom Credo der „sozialen Gerechtigkeit“, warnte überdies vor einem linken Egalitarismus, obwohl etliche sozialdemokratische Anhänger in diesen Jahren eine ganz andere Wahrnehmung der materiellen Verteilungsverhältnisse in Deutschland besaßen.⁸

Für die Unterschicht bleibt nur der Katzentisch

Die programmatischen Losungen der Sozialdemokraten der letzten Jahre – Bildung, lebenslanges Lernen, Chancen, Leistung – spiegeln die Lektion allein aus den erfolgreichen Biographien sozialdemokratischer Aufsteiger der bundesdeutschen Wohlfahrtsstaatsära. Hingegen haben sie mit den neuen Erlebnissen des Scheiterns, der Demütigung durch Bildungsversagen in den mehrfach gebrochenen Lebensgeschichten des unteren gesellschaftlichen Drittels nichts zu tun. Diese beiden Welten sind einander gänzlich fremd geworden.

Nun ist die sozialdemokratisch projektierte „Chancengesellschaft“ natürlich nicht ohne Sinn und Basis. Mehr noch: Es spricht in der Tat einiges dafür, dass das 21. Jahrhundert von vielen Bürgern als ein Jahrhundert ganz ungewöhnlicher Chancen, Perspektiven, Optionen wahrgenommen und genussvoll ausgelebt wird. Doch in der Chance lauert für andere das Menetekel des Scheiterns. Die niederländischen Politologen René Cuperus und Frans Becker sehen die mitteleuropäischen Gesellschaften gespalten in diejenige Menschen, welche die Zukunft „umarmen“ möchten, da sie ihnen vielfache und spannende Möglichkeiten bietet, und solche, die sich vor dieser Zukunft zutiefst fürchten, da sie ganz realistisch ahnen, dass ihnen die neue Gesellschaft außer lebenslanger Dürftigkeit nichts Gutes bringt.⁹

Jedenfalls: In der Chancengesellschaft verstehen sich die Chancenbefähigten nicht mehr als kollektive Akteure, sondern als individuelle Jäger um die Beute des sozialen Aufstiegs, des Prestigegewinns, der materiellen Zusatzgrafifikation. Die Chancengesellschaft dieser Prägung konterkariert so Zugehörigkeiten und Solidarität. Die SPD war folgerichtig die erste Partei, welche die selbstproduzierte Erosion von Loyalität, elektoral massiv zu spüren bekam. Denn in Zentrum der bundesdeutschen Gesellschaft hat sich im Kampf um Chancen über Bildung eine erbarmungslose Rivalität aufgetan. So wird mehr und mehr deutlich, dass die Kategorie der „Chance“ keineswegs die Klassiker der „sozialen“ oder „solidarischen Gesellschaft“ abzulösen vermag – wie es die „modernen Sozialdemokraten“ gern hätten. Auch wenn das untere Fünftel durch Frühförderung und Ganztagschulen künftig chancenfähig gemacht würde – was unzweifelhaft das Ziel jeder demokratischen Gesellschaft zu sein hat –, entsteht dadurch allein noch keineswegs eine gute, gerechte, zivile, kommunitäre Gesellschaft. Im Gegenteil: Der offene Zugang zu Chancen in einer ansonsten *gleichbleibenden* Gesellschaft mit riesigen Einkommensdifferenzen, Machthierarchien, Klassenunterschieden, Distinktionen in Rang, Reputation und Renommee wird zu einem gnadenlosen Ringkampf um weiterhin privilegiert angesiedelte Positionen führen. Wer in dieser individualisierten Schlacht durch rigide Chancennutzung nicht mithält, hat rundum und für allemal verloren. Bildung ist die Heilsvision säkularer Gesellschaften, so der Wiener Philosophieprofessor Konrad Paul Liessmann, „die weder auf religiöse Transzendenz noch auf revolutionäre Immanenz setzen können; Bildung war so von Anfang an ein Motor für die Modernisierungsschübe, gleichzeitig aber auch ein falscher Trost für schamlos so genannte Modernisierungsverlierer, die, weil ohne Bildung, damit auch an ihrem Schicksal selber Schuld waren.“¹⁰

Denn nun gelten Bildungsabständige als „gerecht“ gescheitert, weil sie im „fairen Chancenwettbewerb“ versagt haben, also selbst für ihr negatives Schicksal verantwortlich sind, genauer: gemacht werden. Die moderne Chancengesellschaft, die den Kontext altsozialdemokratischer Solidarität verlässt, wird eine ziemlich kalte und rohe Angelegenheit.

Es war eben nicht zufällig, dass SPD-Modernisierer eine Zeit lang gern den dänischen Soziologen Gøsta Esping-Andersen als programmatischen Stichwortgeber für ihre Pläne ins Feld führen. Esping-Andersen sprach sich dezidiert für eine massive Dehnung des Niedriglohnsektors aus – und zwar vor allem zugunsten von chancennutzenden Eltern mit hoher Qualifikation, die erschwingliche Dienstleistungen benötigten, um Berufstätigkeit und Kinderaufzucht synchron arrangieren zu können. „Wir brauchen einen servicebasierten Wohlfahrtsstaat“¹¹, so Esping-Andersen. „Und wir brauchen mehr Jobs am unteren Ende der Lohnskala, wenn es weniger Hausfrauen und mehr berufstätige Mütter gibt.“ Das wurde dann zur neosozialdemokratischen Legitimation der „Home Help Corps“ (Michael Young) des 21. Jahrhunderts, was die „demütigenden Bedingungen der alten Dienstbotengesellschaft wiederaufleben lässt“, wie es der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem Buch „Postdemokratie“ formuliert hat.¹² Noch drastischer fiel die Kritik seiner Kollegin Brigitte F. Young aus: „Niedrige Marktpreise für Dienstleistungen um die Nachfrage im Haushaltsbereich zu steigern, wie Esping-Andersen es vorschlägt, bedeutet, dass auf der Ebene des privaten Haushaltes eine neue, ethnisch definierte weibliche Unterklasse entsteht. Ausgeblendet werden außerdem die Machtdynamiken zwischen der ‚Herrin‘, die ausnahmslos im Besitz aller Bürgerrechte ist, und der ‚Magd‘, die oftmals noch nicht einmal über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügt.“¹³

So war es eigentlich kein Wunder, dass daher die bildungsfernen „Unterschichten“ bei Wahlen nicht mehr mitzogen, da für sie im besten Fall allein die Abstellkammer und der Katzentisch der neuen Dienstbotenklasse bleibt. Die Restarbeiterklasse verwaiste im Zuge dieses Prozesses politisch und kulturell. Ihre früheren sozialdemokratischen Anführer waren höher geklettert, gebrauchten jetzt eine andere Sprache, wohnten besser und innerstädtisch weit vom früheren Herkunftsort entfernt, organisierten nicht mehr, wie zwischen den 1870er und 1970er Jahren, den Lebenszusammenhang der minderprivilegierten Schichten. Infolgedessen zerfielen die vormaligen, inzwischen nur noch vermeintlichen sozialdemokratischen Hochburgen. Zwischen der zurückgebliebenen Unterklasse und der Sozialdemokratie der „neuen Mitte“ waren die elementaren Bindungen von einst demzufolge lose geworden, weithin auch gerissen. So haben die Sozialdemokraten in den Souterrains der Gesellschaft auch am stärksten seit 1998, seit der Kanzlerschaft Schröders, an Boden verloren. Zwischen 1998 und 2005 büßte die SPD bei den Arbeitern und Arbeitslosen ca. 13 Prozentpunkte ein, weit mehr als bei Beamten und Angestellten. Dagegen konnte die SPD den Bestand bei den Selbständigen in diesen Jahren gravierender Wählererosion nahezu behaupten.

*Niedergang des Apparats und Funktionärswesens:
Eine kleine historische Exkursion*

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die SPD in den letzten Jahren nicht nur Wähler, sondern auch zahlreiche Mitglieder verloren hat. Der *Spiegel* ging Anfang 2008 sogar so weit, die SPD in „Schrumpf-Partei Deutschland“ umzubenennen.¹⁴ Doch bei solcherlei Spöttereien wird oft übersehen, dass der drastische Mitgliederverlust, mit dem

die Sozialdemokraten konfrontiert sind, im Grunde auf eine positiv zu bewertende Entwicklung zurückgeht: Die Sozialdemokraten sind schließlich Opfer des eigenen Erfolgs geworden, weil ihre gegenwärtige Klientel – die Aufsteiger – keine Massenorganisation braucht; sie verfügt individuell über sozial-kulturelle Ausstattungen, die den früheren Drang zur Kollektivität entbehrlich machen.

In der Parteien- und Parlamentsforschung ist es seit über 140 Jahren herrschende Lehre, dass die politischen Formationen der Arbeiter ihre bürgerlichen Äquivalente an Mitgliedern und Apparaturstrukturen in der Regel weit überragen, auch überragen *müssen*. Denn die Bürger aus der gesellschaftlichen Beletage brauchten schließlich nicht das disziplinierte Kollektiv, benötigten nicht die schlagkräftige Organisation. Sie verfügten stattdessen über ihre je eigenen, individuellen Ressourcen, die ihnen Wirksamkeit garantierten und Autonomie gewährten: akademische Bildung, materiellen Besitz, soziale Verkehrskreise. Bürgerliche Parteien waren deshalb von ihrer Herkunft her auf ebenso kleine wie feine Zirkel elitärer Honoratioren beschränkt, lediglich locker assoziiert, ohne straffe Verbindlichkeiten.

Den unteren Schichten dagegen standen die vergleichbaren Ressourcen nicht zur Verfügung. Als Einzelne waren sie machtlos, waren Objekt im Machtraum der bürgerlichen Klasse. Wollten sie Einfluss gewinnen, waren sie nahezu genötigt, sich zusammenzutun, Macht durch Mitgliederhäufung herzustellen und über Organisation abzusichern. Allein eine Fülle von Mitgliedern sorgte für ausreichend materielle Beiträge, für die Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit einer Partei der industriellen Arbeiter. Die Masse verschaffte denen, die abhängig arbeiteten, Selbstbewusstsein. Die Masse okkupierte, wenn sie sich demonstrativ in Bewegung setzte, ihre roten Fahnen schwenkte und martialische Kampfgesänge anstimmte, den öffentlichen Raum, vermittelte dadurch Stärke nach

innen und wirkte bedrohlich auf den Gegner draußen.¹⁵ Dass diese Masse nicht amorph blieb, erratisch und ziellos, dafür trug der sozialistische Funktionär Sorge. Hauptamtlicher Funktionär in der Sozialdemokratie zu werden – das war in dieser Partei über viele Jahrzehnte eine attraktive Karriereperspektive. Denn es war eine der wenigen Möglichkeiten des Aufstiegs, die sich Industriearbeitern im ersten Jahrhundert der Industriegesellschaft boten: innerhalb der Organisation, die der Masse dann insgesamt die soziale Emanzipation, gewissermaßen den kollektiven Aufstieg verschaffen sollte. In den bürgerlichen Lebenswelten hingegen war der „Funktionär“ verpönt, wenn nicht gar verhasst. Der Funktionär galt als personifizierte Bedrohung von Individualität, Freiheit und Mündigkeit. Er erschien als der Organisator der rohen Masse, als Strippenzieher des Umsturzes.¹⁶

In der SPD bildeten die Funktionäre die Privilegierten. In der Regel genossen sie hohes Ansehen, waren die Vertrauensleute der Partei in den Quartieren kleiner Leute. Der Funktionär war pflichtbewusst, hart gegen sich selbst, der Partei treu ergeben und bereit, ihr jederzeit alle Freizeit zu opfern. Er hatte mehr zu wissen als der Rest der Mitglieder; er hatte die Aktionen und Versammlungen der Partei vorzubereiten und zu dirigieren; er sollte die Massen aufklären und anführen. Nur in schlimmen Krisenzeiten wie den frühen 1930er Jahren, als Millionen Menschen ohne Arbeit waren, kam auch Missgunst auf. Da wurden die fest besoldeten Funktionäre zuweilen als „Bonzen“ beschimpft. Doch insgesamt hätte es ohne diesen Typus weder eine Arbeiterbewegung noch eine starke, das 20. Jahrhundert überdauernde Sozialdemokratie gegeben. Die Jahrzehnte der Hochindustrialisierung zeichneten sich schließlich durch eine enorme räumliche Mobilität der Arbeitskräfte aus. In den Industrieregionen wohnten im Jahr 1900 nur wenige noch dort, wo sie 1890 zunächst gesiedelt

hatten. In diesem dauerhaften Wechsel der Mitglieder sorgten allein die hauptamtlichen Funktionäre des Sozialismus innerhalb ihrer Partei und Bewegung für Konstanz und Kontinuität. Sie arbeiteten vor Ort, hielten so den Bestand aufrecht, vermittelten Erfahrungen weiter, auch wenn die Aktivisten und Mitglieder kamen und gingen. Der Funktionär war in diesen Jahrzehnten gleichsam „das Mädchen für alles“. Er war der „Kümmerer“, eine Mischung aus Prediger, Samariter und Administrator der Organisation. In den Jahren der großen politischen Auflösung, in der Endphase der Weimarer Republik, als die bürgerliche Mitte nahezu vollständig zerbrach, hatte die SPD dementsprechend dort stabilen Bestand, wo die sozialdemokratische Arbeiterbewegung organisatorisch verfestigt und verdichtet war, also mit Vereinen, Verbänden, Clubs und Ortsvereinen in den Wohnquartieren ihrer Anhänger wurzelte.¹⁷

Die beste Zeit des Funktionärs lag insofern sicher im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Doch reichte seine Bedeutung für die sozialdemokratische Mitgliederpartei noch bis in die Zeit von Willy Brandt hinein. Johannes Rau hat dies einmal prägnant illustriert. Wann immer Brandt vor einem Problem stand, habe er – so Rau – die Funktionäre zu sich gerufen: „Und dann hat er dagesessen, tief deprimiert gewirkt und gesagt: Ich habe da ein großes Problem. Dann hat er das Problem geschildert und gefragt: Könnt ihr mir da irgendwie helfen? Was meinst du denn? Willy hatte ihnen immer dieses Gefühl gegeben: Wir müssen mal ganz unter uns was besprechen.“¹⁸ Doch im Jahr 2009 ist das längst Geschichte. Die SPD ist sozusagen selbst zum Typus der in ihren Reihen über viele Jahrzehnte nahezu verachteten bürgerlichen Honoratiorenpartei geworden. Denn seit mindestens einem Jahrzehnt haben die Parteifunktionäre im Basisbereich an Einfluss und Gewicht gänzlich verloren. Einst hatten sie als Obmänner, Kassierer, Bildungsreferenten, Fahnenträger, Arbeiterbibliothekare etc.

Aufgaben und Funktionen im „historischen Emanzipationskampf“ zu erfüllen, die ihnen Bedeutung und Rang verliehen. Solche Orte der Würde und Wichtigkeit existierten für Basisaktivisten zuletzt kaum mehr in der Sozialdemokratie. Insbesondere Gerhard Schröder hat sich nicht mehr um die Funktionäre geschert. Das hat etliche Tausend von ihnen entweder verbittert in die innere Emigration getrieben oder gleich aus der SPD heraus. In Nordrhein-Westfalen, das vier lange Jahrzehnte als stolze, uneinnehmbare Zitadelle der Sozialdemokratie firmierte, hat die CDU des Arbeiter- und Rentnerführers Jürgen Rüttgers die SPD seit 2003 an Mitgliederzahl weit, um inzwischen einige zehntausend Zugehörige überholt. Im sozialdemokratischen Unterbezirk Dortmund, der bis zum Überdruß zitierten „Herzkammer“ der deutschen Sozialdemokratie, zählt die SPD nicht mal mehr ein Drittel ihres Bestandes von 1969.

Der Zug zur Medienkommunikationspartei, der in der SPD vor allem zwischen 1998 und 2002 temporeich vom Kanzleramt und von der Parteizentrale dual vorangetrieben wurde, hat die Stellung der früher so zentralen Basisfunktionäre zusätzlich unterminiert.¹⁹ Für die post-proletarischen sozialdemokratischen Parteieliten der letzten Jahre galt und gilt Politik zuvörderst als ein hochprofessionelles Geschäft, in welchem örtliche Funktionäre mit ihrem nicht selten trotzigem und inflexiblen Idealismus im Grunde eher stören. Der Abschied von Mitgliedern und Funktionären sollte daher den neu eingekauften Marketingexperten und Werbefachleuten mehr Raum und Möglichkeiten eröffnen. Die alimentierten Spindoktoren coachten ihre sozialdemokratische Kundschaft dann auf eine Weise, die in dieser Welt der Berater und Thinktanks als alternativlos modern und allein effizient firmierte: die Politik personalisierend und stets medial in Szene setzend, die wechselnden Aussagen minikurz und miniknapp auf wenige Auszüge redu-

Mitgliederentwicklung nach Landesverbänden und Bezirken
Zeitraum 31.12.1990 bis 31.12.2007

LV/Bez	31.12.1990	31.12.2007	Differenz	Dif. in %
SCHLESWIG-HOLSTEIN	39.111	20.724	-18.387	-47,01
MECKLENBURG/VORPOM.	3.138	2.793	-345	-10,99
HAMBURG	22.670	11.052	-11.618	-51,25
BREMEN	12.220	5.198	-7.022	-57,46
NORD-NIEDERSACHSEN	10.802	6.796	-4.006	-37,09
WESER-EMS	28.624	18.774	-9.850	-34,41
HANNOVER	52.902	32.220	-20.682	-39,09
BRAUNSCHWEIG	22.849	13.480	-9.369	-41,00
SACHSEN-ANHALT	5.071	4.327	-744	-14,67
BRANDENBURG	5.721	6.560	839	14,67
BERLIN	27.141	15.989	-11.152	-41,09
HESSEN-NORD	41.377	24.118	-17.259	-41,71
HESSEN-SÜD	79.763	43.550	-36.213	-45,40
THÜRINGEN	3.355	4.412	1.057	31,51
SACHSEN	5.525	4.324	-1.201	-21,74
SAAR	40.502	22.889	-17.613	-43,49
BADEN-WÜRTTEMBERG	66.437	40.484	-25.953	-39,06
BAYERN	116.347	72.438	-43.909	-37,74
RHEINLAND-PFALZ	72.717	44.459	-28.258	-38,86
NORDRHEIN-WESTFALEN	287.130	145.274	-141.856	-49,40
Bund	943.402	539.861	-403.541	-42,78

Quelle: Jahresbericht über den Mitgliederbestand und die Mitgliederentwicklung der SPD im Jahr 2007, erstellt von Abt. I/2 – Referat Parteiorganisation beim Parteivorstand der SPD

zierend. Bei alledem hätten Basisaktivisten, denen es immer noch um irgendwelche Inhalte, den konzeptionellen Entwurf, die reflexive, ernsthafte und ausführliche Debatte gegangen wäre, im Weg gestanden.

Dabei: Zentral gesteuerte und an professionelle Experten delegierte Medienkampagnen sind billig nicht zu bekommen. Insofern ist der outgesourcte Auftritt der Sozialdemokraten während der letzten Jahre stetig kapitalintensiver geworden, was zulasten der früheren, ehrenamtlich erbrachten Arbeitsintensität der eigenen Mitglieder ging. Dadurch aber etatisierte sich die Partei; sie wurde in ihrem Kapitalbedarf angewiesen auf die staatliche Parteienfinanzierung, vor allem auf die Zuteilung von öffentlich bezahlten Mitarbeitern in Fraktion und Ministerien.²⁰

Doch noch einmal: Das war es nicht allein, was die Zahl der Mitglieder und die Bedeutung der Basisfunktionäre in

der SPD schwächte. Entscheidend hinzu kam der so zentrale und daher bereits mehrfach erwähnte soziale Wandel generell. Die Sozialdemokratie ist im Zuge des Aufstiegs der klassischen Facharbeiterelite zur Partei der neuen Mitte geworden. Deren Zugehörige, oft nun ressourcenstarke Menschen mit akademischen Abschlüssen, brauchen – um es ein letztes Mal zuzuspitzen – nicht mehr das Gehäuse der disziplinierten Organisation, sind nicht mehr angewiesen auf den Vormund von Partei- oder Gewerkschaftssekretären.

Auch davon haben wir hier gesprochen: Von der Altersstruktur her droht die SPD zu „vergreisen“. Ende 2007 waren nicht einmal 6 Prozent ihrer Mitglieder jünger als 29 Jahre; die über 60-Jährigen machten dagegen knapp 47 Prozent der SPD-Mitglieder aus. Sozialstrukturell wird die Sozialdemokratie daher von den Rentnern und Pensionären dominiert. Das schreckt viele junge Leute ab, weshalb nicht zwingend davon auszugehen ist, dass sich die Partei demnächst gründlich verjüngen wird. Dass die SPD eine überalterte Organisation ist, hat jedoch noch eine weitere, derzeit weit gravierendere Konsequenz: Insbesondere die Geburtsjahrgänge 1941 bis 1945, die weiterhin die mit Abstand stärksten Bataillone in der Partei bilden, hatten die SPD in den 1970er Jahren so mächtig und nachdrücklich überschwemmt, dass die Kohorten danach keine Chance mehr hatten, in die dicht besetzten und hart verteidigten Leitungspositionen der Partei einzudringen.

Die „1943er“ verlassen die politische Bühne

Diese Generation allerdings tritt politisch im Herbst final ab. Man hat das schon in den letzten fünf Jahren an den Universitäten beobachten können, auch in den Chefetagen der elektronischen und printgestützten Medien. Die Poli-

tik setzt nun den Schlusspunkt. Ende 2009 werden lang gediente Abgeordnete der SPD von der Bundesbühne verschwunden sein. Etliche von ihnen – etwa Herta Däubler-Gmelin, Peter Struck, Walter Riester, Renate Schmidt – gehören dem Geburtsjahrgang 1943 an; zu den 1944ern, die das Parlament im Herbst verlassen, zählen beispielsweise Walter Kolbow, Ortwin Runde, Gert Weisskirchen und Ludwig Stiegler.²¹ Die meisten aus dieser Kohorte kamen aus kleinen Verhältnissen; doch die Bildungsexpansion verhalf ihnen zu einem raschen Aufstieg. Sie machten Abitur, studierten, verließen die angestammten Arbeiterquartiere, zogen in bessere Wohnviertel und konstituierten so eine „neue Mitte“. Ihre politische Karriere begann in den 1970er Jahren bei den Jungsozialisten und dem linken Flügel der Partei. Zum damaligen Kanzler Helmut Schmidt standen sie überwiegend in heftiger Opposition. In den 1980er Jahren, nach dem Sturz von Schmidt, waren sie Protagonisten einer postmaterialistischen Kultur und Verfechter eines Bündnisses mit der neuen Partei der „Grünen“. Alles sprach seinerzeit dafür, dass sie zum Ende des Jahrzehnts die Nachfolge des eher unmodern wirkenden Helmut Kohl antreten würden. Doch dann kam Gorbatschow, kam die Implosion des Ostblocks und dadurch die deutsche Einheit. Sie verlängerte Helmut Kohl die Kanzlerschaft um acht weitere Jahre.

So gerieten die sozialdemokratischen 1940er Geburtskohorten in der Politik zu einer verspäteten Generation. Als Rote und Grüne 1998 die Bundestagswahlen gewannen und in das Kabinett einzogen, hatten sich die rot-grünen Einstellungsmuster in den kulturellen Fragen schon weit hin in der Gesellschaft durchgesetzt. Was politisch noch zu sanktionieren war, erfolgte gleich in den ersten Monaten des Kabinetts Schröder-Fischer. Damals, also schon 1999, war Rot-Grün dadurch gewissermaßen projektlos.²² Eben das führte im Folgenden bis 2003/04 zu einer außer-

ordentlich schwankenden, erratischen Politik. Noch im Wahlkampf 2002 fiel es den Sozialdemokraten und Grünen schwer, Auskunft über ein gemeinsames Zukunftskonzept zu geben. Die Regierungserklärung nach den knapp gewonnenen Wahlen geriet zum Fiasko. Die katastrophale Lage der öffentlichen Finanzen und die geringen Wachstumsraten der privaten Investitionen zwangen den Kanzler gleichsam von außen das Projekt „Agenda 2010“ auf. Die Entscheidung für diese eher neoliberal als altsozialdemokratisch fundamentierte Agenda fiel in einem kleinen Kreis, ohne ausführliche Diskussionen in der SPD. Schröder verzichtete auch darauf, den Politikwechsel normativ zu begründen, Werte und Leitideen dafür zu formulieren. Zwar leistete die mittlerweile überalterte, schwunglos gewordene Sozialdemokratische Partei keinen offensiven Widerstand gegen den jähen Kurswandel, aber sie beugte sich dem Oktroy der eigenen Regierung eher passiv, trug die Agendareformen nicht aktiv, überzeugt oder gar leidenschaftlich mit. Ein Mobilisierungsfaktor war die SPD in der Ära Schröder nicht mehr. Der Kanzler hatte seine Partei stillgelegt, deaktiviert.

In einer Parteikultur der lavierenden Mitte, der Ermattung und Ermüdung, der Deaktivierung und des Stillstands vermögen politische Begabungen indes nicht hinreichend heranzureifen. Die mitunter furiose innersozialdemokratische Streitkultur früherer Jahrzehnte bot zumindest den Vorzug, dass sie zur Klärung und Schärfung von Positionen beitrug, dass sich in ihrem Austrag rhetorische und argumentative Fertigkeiten, Durchsetzungsstärke erproben und erlernen ließ. Es ist wohl so: Politische Talente brauchen das Säurebad harter Konflikte, um später im Haifischbecken des Berliner Regierungsviertels bestehen und überleben zu können. Hatte die SPD in früheren Jahren von dieser ätzenden Säure zu viel, so ist sie nun damit unterversorgt. Vielleicht auch deshalb sind mittlerweile die Bega-

bungen und Leitfiguren in der Partei rar gesät. Auffallend jedenfalls ist, dass derzeit in der SPD kein herausragender Sozialpolitiker, kein hochkarätiger Wissenschafts- und Kulturpolitiker, vor allem kein konzeptioneller Außenpolitiker, auch kein innovatorischer Ökologiepolitiker, natürlich kein berufserfahrener Wirtschaftspolitiker für die mittlere Zukunft erkennbar ist. Fast alle, die in den letzten Jahren regelmäßig als Personen der Zukunft genannt wurden, weisen Defizite auf: Sie sind Gesellen, aber keine Meister der Politik oder tragen bereits das Stigma von kräftigen Niederlagen, gar Demütigungen. Bedeutende Wahlen hat von ihnen niemand gewonnen. In diese Kategorie fallen etwa Heiko Maas, Olaf Scholz, Thomas Oppermann, auch Sigmar Gabriel und Andrea Nahles.

Nicht alles ist Krise und Menetekel

Nun darf man natürlich nicht jede Veränderung gleich als Krise oder gar Menetekel brandmarken. Selbst die Mitgliederverluste und die Organisationserosion der SPD lassen sich aus einer anderen Perspektive auch anders, freundlicher bewerten. Denn in der Organisation vermittelte sich nicht nur die Stärke, sondern historisch oft genug auch das Dilemma der Sozialdemokratie.²³ Auf der einen Seite sicherte die Organisation zwar die sozialdemokratische Existenz selbst in Kriegs- und Krisenzeiten. Denn Organisationen lösen sich nicht so schnell auf, tragen bekanntlich Beharrungskräfte in sich, unterscheiden sich so von spontanen Bürgerbegehren oder Initiativen, die oft mit großem Schwung und weitgesteckten Zielen entstehen, nach Enttäuschungen und Misserfolgen dann aber ebenso rasch wieder zerfallen. Auf der anderen Seite aber setzen sich große Organisationen nicht selbst aufs Spiel, scheuen das Risiko, sind vorwiegend am Selbsterhalt interessiert – nicht an dy-

namischen Reformen, unübersichtlichen Veränderungen, stürmischen Aktivitäten. So hat zwar die Organisation, hauptursächlich sogar, zu den 146 langen sozialdemokratischen Jahren beigetragen, hat die elementaren Weltbilder und Zielsetzungen generationenübergreifend aufbewahrt und weitervermittelt, hat aber ebenfalls auch die politischen Erstarrungen und Unbeweglichkeiten der Partei in weichenstellenden historischen Momenten mitverursacht. Der Mitglieder- und Organisationsschwund der letzten Jahre stellt infolgedessen nicht unbedingt ein Drama für die Sozialdemokraten dar. Nicht wenige Sozialwissenschaftler und Historiker haben sogar darauf aufmerksam gemacht, dass an Mitgliedern kleine Organisationen oft effizienter und stringenter agieren als große. „In kleinen, zentripetal organisierten Gruppen“, so etwa der große Soziologe Georg Simmel, „werden im Allgemeinen alle Kräfte aufgeboten und genutzt, während in großen Gruppen Energien oft ungenutzt bleiben.“²⁴ Im Allgemeinen. Man wird sehen, ob das bald auch auf die Sozialdemokraten im Besonderen zutrifft.

Bislang allerdings hat sich die SPD noch nicht mit dem Gedanken angefreundet, eine kleinere Partei zu werden. Stattdessen setzt sie in regelmäßigen Intervallen unverdrossen auf Mitgliederwerbung. Doch alle verzweifelten Bemühungen, wieder große Volkspartei zu werden, jede Anstrengung, Mitgliederscharen – koste es was es wolle – zu akquirieren, scheinen in Wirklichkeit wie ziellose Donquichotterien. Die Sozialdemokraten sollten sich vielleicht doch stärker Gedanken machen, wo ihr Ort in der postindustriellen Gesellschaft und im Vielparteiensystem des 21. Jahrhunderts noch liegen könnte – diesseits der final beendeten Ära von weit ausgreifenden Volks- und Mitgliederparteien. In einer solchen neuen Konstellation vielfacher Heterogenitäten und komplexer Allianzen kommt es mehr denn je auf intelligente und bewegliche Parteizuge-

hörige an, vor allem: auf politische Kunst, taktische Beweglichkeit und strategische Raffinesse. Politik kann dadurch auch wieder interessant werden, reizvoll für Begabungen der Macht.

Auch sonst gäbe es ja einige Hoffnungsschimmer. Bei den Bundestagswahlen 2005 wurde deutlich, wenngleich kaum beachtet, dass die SPD in der arbeitnehmerischen Mitte, bei Angestellten und Facharbeitern, besser platziert war als die Union. Diese arbeitnehmerische Mitte hängt an gesellschaftlichen Regulationsprinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl, Ausgleich, Zusammenhalt.²⁵ Eben diese tief sitzende Mentalität im Zentrum der deutschen Gesellschaft brachte die SPD in den letzten Wochen vor der Bundestagswahl 2005 gegen den Merkel-Kirchhof-Westerwelle-Liberalismus wieder zurück ins Spiel. Auch hatte die SPD – im Unterschied übrigens zur anderen Volkspartei – seinerzeit ein vergleichsweise ausgewogenes Verhältnis zwischen den Wählern in Ost und West, von Jung und Alt. Bei den Bundestagswahlen 2005 hatte die SPD überdies in allen Jahrgängen, bei einigen der letzten Regionalwahlen in mehreren Altersgruppen unterhalb des Rentenalters, die Nase vorn. Bei den Jungwählern schnitt sie gar mit zwölf Prozentpunkten besser ab als die gegnerische Volkspartei. Bemerkenswert ist ihr Zuspruch weiterhin vor allem bei den jungen und mittelalten *akademischen* Frauen – zweifelsohne eine zentrale Gruppe der Wissensgesellschaft von morgen. In den urbanen Zentren der Republik wiesen die Sozialdemokraten bei den nationalen Wahlen des Jahres 2005 einen Vorsprung von 11,5 Prozentpunkten vor der CDU/CSU aus; im Dienstleistungsbereich übertraf die SPD die Union mit 8,1 Prozent.

Die Ende 2006 viel beachtetete Expertise von TNS Infratest Sozialforschung zur „Gesellschaft im Reformprozess“ hat ähnliche Resultate hervorgebracht. Die Studie dokumentierte, dass die Sozialdemokratie – nahm man nur den

Querschnitt der Repräsentanz – *die* ausgewogene Volkspartei auf mittlerem Niveau schlechthin war. Zumindest war sie in allen neun von „Infratest“ identifizierten Milieus mit über 25 Prozent, bei einer Ausnahme mit über 30 Prozent der Wähler vertreten.²⁶ Der Union gelang das unterdessen nicht mehr gleichermaßen flächendeckend; den übrigen Parteien erst recht nicht. Die SPD umwölbt mehr Spektren – von oben bis unten, von Jung bis Alt, von Gebildeten bis Ungebildeten, von Etatisten bis Marktfans – als der christdemokratische Rivale. Doch ist der Bogen, den sie dabei schlagen muss, denkbar weit gespannt; und darin wurzeln natürlich etliche der Probleme der Partei. Soziale und kulturelle Dehnung bedeutet eben Vorzug wie Belastung zugleich.

Partizipation und Rollenvielfalt

Vielleicht wäre es für die Sozialdemokratie neuer Façon wieder an der Zeit, neu darüber nachzudenken, die Legitimationsquelle „Mitgliederbeteiligung“ stärker auszuschöpfen, bevor sie ganz und gar ausgetrocknet ist.²⁷ Bisher waren Mitgliederplebiszite in der SPD meist rein taktisch ausgelegt und in höchster Not überstürzt eingeleitet; sie wurden nie kontinuierlich fortgesetzt, blieben erratische Instrumente für das in Verlegenheit geratene Führungspersonal. Da deren Legitimations- und Disziplinierungsprobleme mittlerweile aber chronisch geworden sind, wäre nunmehr zu überlegen, inwiefern man partizipationsorientierte Modi der Personal- und Richtungsentscheidungen in der SPD verbindlich fixiert. Die Partei würde damit auch souveräner, autonomer gegenüber dem Tenor der Medien – und stärker immun gegen Konspirationen und Putschgelüste kleiner Zirkel im Inneren. Das mag auch endlich dazu führen, nicht denjenigen gleich für den besten Kandidaten zu halten, der in der Demo-

skopie über die höchsten Popularitätswerte verfügt. Es ist generell bemerkenswert, wie wenig bei der Auswahl des politischen Spitzenpersonals nach klaren Eignungskriterien vorgegangen wird. Es zählt allein der Platz auf der Beliebtheitskala, nicht die nachweisliche Fähigkeit zur Integration, zum Ausgleich, zur Mobilisierung, zur Profilierung, zur Koalitionsbildung, zur Themenfindung etc. Auch als die SPD-Granden im Sommer 2008 entschieden, dass Außenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier den glücklosen Kurt Beck als Frontmann ablösen sollte, spielte das im Diskurs zuvor kaum eine Rolle.

Indes: Will eine Partei mit einem derart vielschichtigen Wählerreservoir wie die SPD sich auch künftig auf eine zentrale Figur an der Spitze beschränken, dann muss diese Person eine immens facettenreiche Gestalt sein, muss als Projektionsfläche für verschiedene Bedürfnisse, Einstellungen und Kulturen taugen, muss rochieren, sich neuen Verhältnissen blitzschnell anverwandeln, ohne dabei aber opportunistisch zu wirken. Seit Schröder konnte das niemand mehr. In einem solchen Fall aber hat man statt einer singulären Führungsstruktur ein kollektives Tableau herzustellen. Es war kein Zufall, dass die SPD in ihren besten Zeiten ein Triumvirat bzw. eine Troika an ihrer Spitze hatte, von denen jeder einzelne – Herbert Wehner, Willy Brandt, Fritz Erler und Helmut Schmidt – ein ungleich gewichtigeres Kaliber war, als es heute Müntefering oder Steinmeier sind.²⁸ Und dennoch gelang auch ihnen die volksparteiliche Integration nur durch kooperative Führungsvielfalt. In einer rational durchkomponierten Flügelstruktur müsste sich die SPD infolgedessen auf einen Vorsitzenden einigen, der nach innen schaut, die Traditionen der Partei ernst nimmt, den Untergliederungen Mut macht, die verschiedenen Flügel zusammenbindet. Sie müsste sodann einen Kanzlerkandidaten voranstellen, der über genügend Raum und Freiheit vom tonangebenden Kern der Partei verfügt, der nicht introver-

tiert agiert, sondern in die Grenzwählerschaften zur SPD im mittleren Bereich des Spektrums ausstrahlt – und dabei den Rückhalt des Parteichefs genießt. Und sie bräuchte des Weiteren einen Tribun ganz vorn in der ersten Garnitur, der mit populistischem Instinkt und sicherer Witterung für Emotionen auch die Gefühlslagen diesseits der Mitte spürt und sie in griffige Maximen übersetzt. Nun mag das eine Reißbrett-konstruktion sein. Doch in diese Richtung müsste eine Restrukturierung der politischen Führung in der SPD wohl gehen, solange sie mehr sein will als eine reine Lobbypartei sozialer Aufsteiger. Zumindest für den Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten wäre im Übrigen eine plebiszitäre Legitimation aus den eigenen Reihen nicht schlecht. Würde es womöglich alternative Bewerbungen geben, dann könnte die SPD am Ende sogar wieder interessant werden.

Anmerkungen

¹ Vgl. *Walter, Franz*: Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009.

² *Gabriel, Sigmar*: Links neu denken. Politik für die Mehrheit, München/Zürich 2008, S. 96 ff.

³ Früh schon dazu *Wachenheim, Hedwig*: Die deutsche Arbeiterbewegung 1844–1914, Köln/Opladen 1967.

⁴ Hierzu *Walter, Franz*: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 277 ff.

⁵ Vgl. *Lösche, Peter*: Verbände und Lobbyismus in Deutschland, Stuttgart 2007, S. 74.

⁶ Vgl. *Egle, Christoph / Ostheim, Tobias / Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.)*: Das Rot-Grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002, Wiesbaden 2003. Auch *Gohr, Antonia / Seeleib-Kaiser, Martin*: Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden 2003.

⁷ Siehe hierzu insgesamt *Spier, Tim u. a. (Hrsg.)*: Die Linkspartei, Wiesbaden 2007.

⁸ Vgl. *Hofmann, Gunter*: Kabinett der Mittelstreckenläufer, in: Die Zeit vom 3. April 2003.

⁹ *Becker, Frans / Cuperus, René*: Länderanalyse Niederlande: Die politische Mitte unter Druck, in: <http://library.fes.de/pdf-files/id/05022-20071219.pdf> (23.02.2009).

¹⁰ *Liessmann, Konrad*: Theorie der Unbildung, Wien 2006, 50 f.

¹¹ Zit. bei *Niejahr, Elisabeth*: Politik vom Wickeltisch, in: Die Zeit vom 2. Oktober 2003. Auch: *Esping-Andersen, Gosta*: Herkunft und Lebenschancen, in: http://b-republik.de/b-republik.php/cat/8/aid/552/title/Herkunft_und_Lebenschancen (23.02.2009).

¹² *Crouch, Colin*: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008, S. 86 f.

¹³ <http://www.trend.infopartisan.net/trd0900/t190900.htm> (23.02.2009).

¹⁴ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,532850,00.html> (23.02.2009).

¹⁵ Vgl. etwa *Lindenberger, Thomas*: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914, Bonn 1995.

¹⁶ Insgesamt zu dieser Problematik: *Kösler, Till / Stadtland, Helke (Hrsg.)*: Vom Funktionieren der Funktionäre. Politische Interessenvertretung und gesellschaftliche Integration in Deutschland nach 1933, Essen 2004.

¹⁷ Vgl. *Walter, Franz / Dürr, Tobias*: Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor, Berlin 2000, S. 72 ff.

¹⁸ Vgl. *Rau, Johannes / Roll, Evelyn*: Weil der Mensch ein Mensch ist ...: Johannes Rau im Gespräch mit Evelyn Roll, Berlin 2004, S. 162.

¹⁹ http://www.spw.de/124/DL21_Politische_Kommunikation.php

²⁰ Mit Blick auf diese Entwicklungen haben Katz und Mair bekanntlich den Begriff der Kartellpartei (*Cartel Party*) geprägt. Vgl. *Katz, Richard S. / Mair, Peter*: Changing Models of Party Organization and Party Democracy: the Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics, Bd. 1/1995, H. 1, S. 5–28.

²¹ Vgl. *Sturm, Daniel Friedrich*: Abschied von der Generation Gerd, in: Die Welt vom 27. November 2008.

²² Vgl. *Wiesendahl, Elmar*: Parteien und die Politik der Zumutungen, in: aus Politik und Zeitgeschichte B 40/2004, S. 19 ff.

²³ Allgemein dazu: *Wiesenthal, Helmut*: Akteurskompetenz im Organisationsdilemma, in: Berliner Journal für Soziologie (1993), 1, S.

3 ff. Früh schon auch *Mommsen, Hans (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a.M. 1974.*

²⁴ *Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Form der Vergesellschaftung, Leipzig 1908, S. 47.*

²⁵ Vgl. auch *Roller, Edeltraud: Erosion des sozialstaatlichen Konsenses und die Entstehung einer neuen Konfliktlinie in Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 29–30/2002, S. 13 ff.*

²⁶ Abruf der Studie unter: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061017_Gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf (23.02.2009).

²⁷ Früh schon *Mielke, Gerd: Mehr Demokratie wagen! SPD-Führung im partizipatorischen Zeitalter, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1997) 1, S. 38 ff.*

²⁸ Vgl. *Rupps, Martin: Troika wider Willen, Berlin 2004.*